



2026 - PRESSEMITTEILUNGEN

11.03.2026 Odenwälder Ostermarsch

Der Odenwälder Ostermarsch wird auch in diesem Jahr am 04.04.2026 von der Unabhängigen Friedensinitiative Odenwald (UFO) ausgerichtet. 150 Teilnehmer folgten im vergangenen Jahr dem Aufruf der Initiative. Der Einsatz für Frieden und Abrüstung ist leider immer noch ein gesellschaftspolitisches Anliegen, das im ‚normalen‘ Alltag von Medien kaum erkennbar ist. Die Initiative tritt dafür ein, das Friedensgebot des Grundgesetzes ernst zu nehmen und die Politik an den Möglichkeiten der Diplomatie statt an den Wünschen der Militärindustrie auszurichten.

Die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland durch die USA wird als schwere Gefahr für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen und sollte unterbleiben. Die Bundesregierung rüstet, ungeachtet internationaler Strafanträge vor dem Gerichtshof für Menschenrechte in Den Haag, Israel mit modernster Waffentechnologie auf, um einen z.B. von Südafrika so benannten Völkermord zu begehen. Die Waffenlieferungen an die Ukraine werden aller Voraussicht nach künftig die bisherigen Kosten von 18 Milliarden Euro pro Jahr deutlich übersteigen, weil die Regierenden keine Schritte in Richtung einer Verhandlung über ein Kriegsende gehen. Europa ist an dem Verhandlungsprozess über die Beendigung des Kriegs auf seinem Territorium nicht beteiligt, und die stärkste Wirtschaftskraft der EU schweigt dazu. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA und Israels auf Libanon und den Iran wird von Kanzler Merz nicht verurteilt.

Die finanziellen Auswirkungen des Umleitens von Geld in den Militärkomplex werden in diesem Jahr auch in Hessen klar: die Landesregierung plant 45 Millionen Euro weniger als Finanzierung der kommunalen Kindergärten bereitzustellen. Man kann jeden Steuer-Euro eben nur einmal ausgeben.

Der öffentliche Meinungs Austausch steht neuerdings unter strafrechtlichen Sanktionsandrohungen. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist durch neue geschaffene Straftatbestände (§§188, 192, 192a StGB) stark eingeschränkt. Einer willkürlichen Beurteilung und Strafandrohung öffnen die Gesetzestexte in erschreckender Weise neue Sanktionsmöglichkeiten gegen Meinungsäußerungen. Dagegen werden Taten der Bundesregierung, die die aktuellen Kriege nicht eindämmen sondern befördern, nicht geahndet.

Völkerverständigung und Diplomatie als Konfliktbewältigung haben Europa eine Friedensphase von bemerkenswerter Dauer eingebracht. Die seit über zwanzig Jahren laufende Gegenbewegung hat den Krieg in Europa zu verantworten. Alle Personen und Organisationen sind eingeladen, sich dem Projekt ‚Frieden durch Verständigung‘ am 04.04.2026 durch Teilnahme am Ostermarsch 2026 anzuschließen. Die Demonstration beginnt um 11:00 Uhr in Erbach auf dem Schlossplatz und endet gegen 14:30 Uhr in Michelstadt auf dem Lindenplatz.